

Protokoll über die Sitzung des Gemeinderates

Im Jahre Zweitausendundzweiundzwanzig, am neunten des Monats August mit Beginn um 19.15 Uhr (09.08.2022) wurden nach Erfüllung der gesetzlichen Formvorschriften die Mitglieder dieses Gemeinderates zu einer Sitzung einberufen.

Anwesend sind:

	entsch. abwesend	unentsch. abwesend	nimmt mittels Fernzugang teil		entsch. abwesend	unentsch. abwesend	nimmt mittels Fernzugang teil
Andreas SCHATZER	X			Walter KERER			
Dietmar PATTIS				Alessandro MANZARDO			
Manfred HEIDENBERGER				Felix OBEREGGER			
Anna KAINZWALDNER ÖTTL				Verena PALFRADER			
Margareth MAIR ENGL	X			Lukas ROSSMANN			
Ivan MASCHI	X			Raphaela ROSSMANN			
Michael BRUGGER				Alexander TAUBER			
Johann FALLER	X			Peter TAUBER	X		
Florian JÖCHLER				Andreas ZINGERLE			

und im Beisein der Vize-Gemeindesekretärin **Dr. Elisabeth GASSER**.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt Dietmar Pattis in seiner Eigenschaft als Vize-Bürgermeister den Vorsitz, begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder und eröffnet die Sitzung.

Der Vorsitzende Dietmar Pattis ernennt Raphaela Rossmann und Verena Palfrader zu Stimmzählern der heutigen Sitzung, gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderates.

1) Genehmigung des Protokolls der Ratssitzung vom 14. Juni 2022 (Beschluss Nr. 53)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (13 Anwesende – 13 Ja-Stimmen), die Niederschrift über die vorausgegangene Sitzung des Gemeinderates vom 14. Juni 2022 zu genehmigen.

2) Beschlussantrag der Gemeinderäte Felix Oberegger, Lukas Rossmann, Verena Palfrader und Peter Tauber der "Grünen Bürgerliste Vahrn" betreffend: Der Bürger*innenhaushalt als innovatives Beteiligungsinstrument für unsere Gemeinde (Beschluss Nr. 54)

Der Vize-Bürgermeister Dietmar Pattis verliest den Beschlussantrag.

Nach Erläuterung einiger Aspekte durch Gemeinderat Felix Oberegger sowie verschiedenen Wortmeldungen (Andreas Zingerle, Walter Kerer, Alexander Tauber, Lukas Rossmann und Verena Palfrader), schlägt Vize-Bürgermeister Dietmar Pattis eine Abänderung des eingebrachten Beschlussantrages vor.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (13 Anwesende – 13 Ja-Stimmen),

- den von den Gemeinderäten Felix Oberegger, Lukas Rossmann, Verena Palfrader und Peter Tauber der "Grünen Bürgerliste Vahrn" eingebrachten Beschlussantrag betreffend: Der Bürger*innenhaushalt als innovatives Beteiligungsinstrument für unsere Gemeinde, in der folgenden abgeänderten Fassung zu genehmigen:

den Gemeindevausschuss zu beauftragen,

- 1) das Instrument „Bürgerhaushalt“ zu untersuchen und die Möglichkeiten zu prüfen, dieses in der Gemeinde einzuführen;
- 2) innerhalb des laufenden Jahres dem Gemeinderat darüber zu berichten bzw. einen Ablaufvorschlag dafür zu unterbreiten, damit dieser – sofern die Überprüfung zu einem positiven Abschluss kommt – im Haushaltsjahr 2024 starten kann.

3) Beschlussantrag der Gemeinderäte Peter Tauber, Felix Oberegger, Lukas Rossmann und Verena Palfrader der "Grünen Bürgerliste Vahrn" betreffend: Hybride Gemeinderatsitzungen ermöglichen (Beschluss Nr. 55)

Der Vize-Bürgermeister Dietmar Pattis verliest den Beschlussantrag.

Nach verschiedenen Wortmeldungen (Vize-Bürgermeister Dietmar Pattis, Felix Oberegger, Alessandro Manzardo, Alexander Tauber, Lukas Rossmann, Verena Palfrader und Andreas Zingerle), schlägt Vize-Bürgermeister Dietmar Pattis eine Abänderung des eingebrachten Beschlussantrages vor.

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben mit 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen (Alessandro Manzardo und Alexander Tauber) bei 13 Anwesenden,

- den von den Gemeinderäten Peter Tauber, Felix Oberegger, Lukas Rossmann und Verena Palfrader der "Grünen Bürgerliste Vahrn" eingebrachten Beschlussantrag betreffend: Hybride Gemeinderatsitzungen ermöglichen, in der folgenden abgeänderten Fassung zu genehmigen:

- 1) sich grundsätzlich dafür auszusprechen, dass Sitzungen der Körperschaftsgremien mittels Videokonferenz bzw. in gemischter Form abgehalten werden können;
- 2) für die Umsetzung den Vorschlag einer Verordnung, den der Gemeindenverband innerhalb September 2022 ausarbeiten wird, abzuwarten und diesen auf die Anforderungen der Gemeinde anzupassen.

4) Sicherung der Haushaltsgleichgewichte gemäß Art. 193 des GvD vom 18.08.2000, Nr. 267 (Beschluss Nr. 56)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (13 Anwesende – 13 Ja-Stimmen),

- 1) das Weiterbestehen der generellen Haushaltsgleichgewichte gemäß Art. 193 des Gesetzesvertretenden Dekretes vom 18.08.2000, Nr. 267 zu bestätigen;

- 2) festzuhalten, dass keine Fakten und Ereignisse für eine eventuelle Reduzierung der Einnahmerückstände bestehen, welche im Haushalt 2022 eingefügt worden sind, und welche im Zuge der Genehmigung der Abschlussrechnung 2021 festgestellt worden sind; unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Neufeststellung der Rückstände und der Rückstellungen des Verwaltungsüberschusses 2021 für den Fond für zweifelhafte Forderungen;
- 3) festgehalten, dass es keine außerordentlichen Verbindlichkeiten aus dem Finanzjahr 2021 und vorherige, sowie aus der Kompetenzgebarung 2022 anzuerkennen und zu finanzieren gibt;
- 4) festgehalten, dass es keine Ungleichgewichte des Haushaltes, sei es im Gesamtfinanzgleichgewicht sowie im Wirtschaftsgleichgewicht, vorhanden sind, wie aus beiliegender Tabelle, die integrierender Bestandteil dieses Beschlusses bildet, aufscheint;
- 5) darauf hinzuweisen, dass gegenständliche Maßnahme keine Ausgabenverpflichtung bedingt.

5) Bilanzänderungen 2022 (Beschluss Nr. 57)

Der Vize-Bürgermeister erläutert die Bilanzänderung.

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben mit 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen (Felix Oberegger und Lukas Rossmann) bei 13 Anwesenden,

- 1) die in den Anlagen angeführten Bilanzänderungen zu genehmigen;
- 2) festzuhalten, dass das Einheitliche Strategiedokument 2022 - 2024 durch gegenständliche Bilanzänderung als ergänzt gilt;
- 3) festzuhalten, dass dieser Beschluss dem Art. 193 Absatz 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 18.08.2000 Nr. 267 zur Sicherung des Haushaltsgleichgewichtes Rechnung trägt;

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (13 Anwesende – 13 Ja-Stimmen),

- 4) den Beschluss für sofort vollziehbar zu erklären.

6) Stellungnahme zur Festlegung als Gemeinde mit Wohnungsnot im Sinne des Art. 1 Absatz 6 des Landesgesetzes vom 23. April 2014 Nr. 3 (Beschluss Nr. 58)

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben mit 12 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung (Andreas Zingerle) bei 13 Anwesenden,

- 1) gemäß Artikel 1 Absatz 6 des Landesgesetzes vom 23. April 2014, Nr. 4, folgende Stellungnahme zur Festlegung der Gemeinde Vahrn als Gemeinde mit Wohnungsnot abzugeben:
Positives Gutachten unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde ab dem Jahr 2023 vom interministeriellen Komitee für die Wirtschaftsprogrammierung C.I.P.E. als Gemeinde mit Wohnungsnot eingestuft ist und somit für das Mieteinkommen aus vermieteten Wohnungen die Besteuerung mit „cedolare secca“ im Ausmaß von 10% erfolgen kann und mit folgender Bedingung:
der vom Art. 5 des Landesgesetzes vom 20. April 2022, Nr. 3, vorgesehene erhöhte Steuersatz wird nicht angewandt:
 - für unbewohnbar erklärte Gebäude mit der Begründung, dass dafür bereits im Landesgesetz Nr. 3/2014 eine eigene Regelung vorgesehen ist und diese Stellungnahme für das Jahr 2023 abgegeben wird;
 - für die Gebäude an der Schaldererstraße, beschränkt auf die Hausnummern 8 und 10, sowie für die Gebäude in der Fraktion Schalders mit den Hausnummern Schalders Nr. 1 bis Nr. 87 mit der Begründung, dass die Entfernung dieser Gebäude vom Hauptort bis zu 10 km beträgt und somit eine Vermietung schwierig bzw. nicht möglich ist. Viele dieser Gebäude sind Hofstellen, die im Nebenerwerb bewirtschaftet werden und somit die Landschaft gepflegt und instandgehalten wird. Auch die Werte der Beobachtungsstelle des Immobilienmarktes bei der Agentur der Einnahmen für die residualen Landwirtschaftszonen liegen mit 4,00 bis 6,00 Euro unter dem Durchschnittswert der Gemeinde. Eine Erhöhung des Steuersatzes ist somit nicht gerechtfertigt;
- 2) darauf hinzuweisen, dass gegenständliche Maßnahme keine Ausgabenverpflichtung bedingt.

7) Stellungnahme zum endgültigen Projekt für die Eisenbahnlinie Verona-Brenner und Franzensfeste-Innichen: Neue Eisenbahnverbindung "Riggertalschleife" (Beschluss Nr. 59)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (13 Anwesende – 13 Ja-Stimmen),

- 1) zum Genehmigungsverfahren für das endgültige Projekt zum Bau der neuen Eisenbahnverbindung "Riggertalschleife" auf die Eisenbahnlinie Verona-Brenner und Franzensfeste-Innichen folgende Stellungnahme abzugeben:

Es wird festgehalten und betont, dass die Wiedererrichtung des Bahnhofes Vahrn im ursprünglichen Projekt enthalten und immer Bedingung der Gemeinde für die Zustimmung zum Projekt der neuen Eisenbahnverbindung "Riggertalschleife" war. Laut erteilten Informationen ist der Bahnhof Vahrn nun im Baulos 2 enthalten, weshalb die Errichtung mit einer gewissen Unsicherheit verbunden und zeitlich nicht festgelegt ist. Nachdem der Bahnhof aber eindeutig als Ausgleichsmaßnahme vorgesehen ist, muss die Errichtung zeitlich vorverlegt, in diesem Projekt vorgesehen und auf jeden Fall gleichzeitig mit dem Gesamtprojekt errichtet werden. Dies umso mehr, als auch der Bahnhof in Schabs zeitgleich errichtet wird. Die Bauarbeiten in Vahrn bringen vor allem keinerlei Verzögerungen mit dem Hauptprojekt mit sich und können zeitgleich erfolgen. Hierzu muss eine schriftliche und verbindliche Zusicherung von Seiten des Bauherren vorliegen und dies als Auflage in das Einvernehmungsprotokoll zwischen Land und Staat/RFI eingefügt werden. Widrigenfalls besteht von Seiten der Gemeinde Vahrn keine Zustimmung zum Projekt der neuen Eisenbahnverbindung "Riggertalschleife".

Darüber hinaus werden folgende Bemerkungen zum Projekt gemacht, die als Auflage in der Genehmigung vorgeschrieben werden müssen:

- die Radweganbindung beim Hundeübungsplatz muss so verlegt und realisiert werden, dass der Hundeübungsplatz von den Arbeiten nicht berührt wird, und somit auch weiterhin betrieben werden kann. Zudem soll eine Abbiegemöglichkeit nach der Bahn- und vor der Autobahnunterführung geschaffen werden.
- Sofern die bestehende Zufahrt unterhalb der Eisenbahnlinie zukünftig auch für Radfahrer und Fußgänger nicht mehr nutzbar ist, muss entlang der neuen Zufahrtsstraße unterhalb der Auto- und Eisenbahn ein Gehsteig errichtet werden, der an den bestehenden Gehsteig des Vahrner-See-Weges anschließt.
- Die Abzweigung von der neuen Straße zum Gastbetrieb des Vahrner Sees zum Wanderweg Richtung Vahrn muss gestrichen werden.
- Die Zufahrtsstraße zum Wohnhaus auf Bp. 291, K.G. Vahrn I, nördlich der Unterführung muss in der Breite reduziert werden und dieselbe Breite wie der weiterführende Weg erhalten.
- Der Radweg Richtung Vahrn muss so weit als möglich zur Bahnlinie verlegt werden.
- Die südlich der neuen Straße gelegenen Felder müssen über die Straße erreichbar sein.
- Die Hebeanlage („Impianto di sollevamento“) bei der neuen Bahnunterführung muss, wie in der Detailplanung vorgesehen, zwischen Eisenbahn und Radweg errichtet werden.
- Die Enteignungsentschädigung für das Haus "Unterleitner“, Bp. 94/1 und 94/2 der K.G. Vahrn I (Badl), muss so ausfallen, dass die Eigentümer beide Gebäude, inklusive Grundankauf, an einer anderen Stelle des Gemeindegebietes errichten können.
- Der Einfahrtsbereich der Zufahrt zum neuen Umspannwerk muss wesentlich grundsparender geplant und errichtet werden; die Gemeinde behält sich vor, hierfür einen eigenen Vorschlag vorzulegen.
- Die Verkehrsfläche vor dem geplanten Umspannwerk erscheint übertrieben großzügig und muss reduziert werden.
- Die Zufahrtsstraße, die zukünftig auch als Radweg benutzt wird, muss möglichst auf Eisenbahngrund verlegt und auf alle Fälle so weit als möglich zur Eisenbahn errichtet werden.
- Entlang der neuen Zufahrtsstraße muss eine Abgrenzung (Zaun, Hecke) in Absprache mit den angrenzenden Grundeigentümern errichtet werden.
- Die Fläche des Umspannwerkes muss so ausgelegt werden, dass in diesem Bereich auch das im Dorf bestehende Umspannwerk für die bestehende Bahnlinie verlegt werden kann. Absolute Bedingung für die Errichtung von Gebäuden im landschaftlich sensiblen und derzeit unbebautem Bereich „Gatsch“ ist, dass alle zu errichtenden Gebäude unterirdisch gebaut werden und das neue Gelände landschaftlich verträglich gestaltet wird. Die Baumaßnahmen und die Neugestaltung des Geländes muss im Einvernehmen mit der Gemeinde erfolgen. Ein entsprechender Vorschlag wird nachgereicht werden.

- Das Baustellenareal auf den Gp. 520 und 521 für den Bau des Umspannwerks muss reduziert werden. Dafür kann in Absprache mit dem grundbücherlichen Eigentümer der Gp. 517 und 518/1, K.G. Vahrn I, die Fläche der genannten Parzellen als Baustellenareal genutzt werden.
- Im Bereich der Gewerbezone müssen auf der neuen Bahnstrecke Lärmschutzwände angebracht werden. Zudem sollen zum Schutz des Biotops Vahrner See die Errichtung von Lärmschutzwänden in diesem Bereich auf der Bestandsstrecke in das gegenständliche Projekt aufgenommen und mit realisiert werden.
- 2) den vorliegenden Beschluss an das Ministerium für den ökologischen Wandel und an die Landesregierung weiterzuleiten sowie an die im Schreiben, Prot. Nr. 0012685, angeführten Verwaltungen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (13 Anwesende – 13 Ja-Stimmen),

- 3) gegenständliche Beschlussfassung im Sinne des Art. 183, Abs. 4, Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2, für unverzüglich vollziehbar zu erklären.

9) Abänderung von Artikel 44 (Zone für öffentliche Einrichtungen - Verwaltung und öffentliche Dienstleistung) der Durchführungsbestimmungen zum Bauleitplan der Gemeinde Vahrn - Gemeindeausschussbeschluss Nr. 227 vom 26.05.2022 - Definitive Maßnahme (Beschluss Nr. 60)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (13 Anwesende – 13 Ja-Stimmen),

- 1) den das Fernheizwerk betreffenden Absatz von Artikel 44 (Zone für öffentliche Einrichtungen - Verwaltung und öffentliche Dienstleistung) der Durchführungsbestimmungen zum Bauleitplan der Gemeinde Vahrn aufgrund der von Dr. Ing. Wunderer Rainer Markus ausgearbeiteten Dokumentation, Prot. Nr. 0004047 vom 14.03.2022, welche wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wie folgt abzuändern:
Die Bestimmung „höchstzulässige Kubatur: 16.482 m³“ wird ersetzt mit „höchstzulässige Baumassendichte: 3,5 m³/m²“.
- 2) festzuhalten, dass die gegenständliche Abänderung der Durchführungsbestimmungen zum Bauleitplan der Gemeinde Vahrn nicht der strategischen Umweltprüfung (SUP) im Sinne des Landesgesetz vom 13.10.2017, Nr. 17 (Umweltprüfung für Pläne, Programme und Projekte) zu unterziehen ist, da sie nicht den Rahmen für zukünftige Genehmigungen für UVP-pflichtige Projekte bildet und durch diese Änderung positive Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind;
- 3) diesen Ratsbeschluss mit der erforderlichen Dokumentation gemäß Artikel 53 Absatz 7 des Landesgesetzes vom 10.07.2018, Nr. 9 (Raum und Landschaft) unverzüglich der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung zu übermitteln;
- 4) festzuhalten, dass der Gemeinde aus diesem Beschluss keine Ausgabe erwächst, die finanzieller Abdeckung bedarf.

10) Öffentliches Gut: Abschreibung und Zuschreibung von Grundstücksflächen im Rahmen der Raumordnungsvereinbarung für die Errichtung eines öffentlichen Parkplatzes bei der Sportzone Vahrn (Beschluss Nr. 61)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (13 Anwesende – 13 Ja-Stimmen),

- 1) aus den in den Prämissen angeführten Gründen und gemäß Teilungsplan Nr. 4848/2022, in der K.G. Vahrn I folgende Flächen dem öffentlichen Gut der Gemeinde Vahrn zu übertragen:
 - 133 m² der Gp. 1304, welche der neu gebildeten Gp. 3279/1 angegliedert werden
 - 122 m² der Gp. 1386, welche der neu gebildeten Gp. 3279/1 angegliedert werden;
 - die neugebildete Gp. 1304/1 mit 1.982 m²;
- 2) aus den in den Prämissen angeführten Gründen und gemäß Teilungsplan Nr. 4848/2022, in der K.G. Vahrn I folgende Flächen aus dem öffentlichen Gut der Gemeinde Vahrn abzuschreiben und ins verfügbare Vermögensgut der Gemeinde Vahrn zu übertragen:
 - 1) 20 m² der Gp. 3279, welche der neu gebildeten Gp. 3279/2 angegliedert werden;
- 3) den Gemeindeausschuss mit Durchführung des Tauschvertrages zu beauftragen und in diesem Sinne den Ausschuss zu beauftragen, alle weiteren dafür notwendigen Maßnahmen zu treffen;
- 4) zu beurkunden, dass der Gemeinde aus gegenständlichen Beschluss keine direkte Ausgabe erwächst, welche finanzieller Deckung bedarf.

11) Öffentliches Gut: Abschreibung und Zuschreibung von Grundstücksflächen für die Grundregelung beim Defreggerhaus - Bachlauf in Neustift - Ergänzung (Beschluss Nr. 62)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (13 Anwesende – 13 Ja-Stimmen),

- 1) aus den in den Prämissen angeführten Gründen und gemäß Teilungsplan Nr. 2981/2022, in der K.G. Neustift I folgende Flächen dem öffentlichen Gut der Gemeinde Vahrn zu übertragen:
 - 27 m² der Bp. 72, welche der neu gebildeten Gp. 519/1 angegliedert werden, ausgenommen das oberirdische Oberflächenrecht von 11 m², das laut Teilungsplan der >-< BN1 entspricht;
- 2) den Gemeindeausschuss mit Durchführung des Tauschvertrages zu beauftragen sowie der Begründung des Oberflächenrechtes und der Begründung der Dienstbarkeiten gemäß Ansuchen Prot. Nr. 8498/2022 zuzustimmen und in diesem Sinne den Ausschuss zu beauftragen, alle weiteren dafür notwendigen Maßnahmen zu treffen;
- 3) zu beurkunden, dass der Gemeinde aus gegenständlichen Beschluss keine direkte Ausgabe erwächst, welche finanzieller Deckung bedarf.

12) Bericht des Vize-Bürgermeisters und der Gemeinderäte

Der Vize-Bürgermeister Dietmar Pattis berichtet wie folgt:

Die Sperrung der Dorfzufahrt verzögert sich um ein bis zwei Wochen - es handelt sich um eine komplette Schließung, auch für Radfahrer und Fußgänger. Die Sperre wird sicherlich bis Ostern andauern. Es wird die Einführung eines Pedibusses (vom Gebäude Volksbank aus bis zur Schule) und Park&Ride vor dem Durchgang des Paul-Schuster-Weges angedacht. Die Busse werden über die Bahnhof- und Voitsbergstraße umgeleitet und die Parkbeschränkungen in der Tiefgarage Voitsberg aufgehoben.

Es laufen die Vorbereitungen, damit alles so gut wie möglich über die Bühne geht. Hierfür braucht es auch den Schulterschluss von allen in der Gemeinde.

Die Umfahrung soll zeitgleich mit der Neugestaltung der Dorfeinfahrt realisiert werden. Bisher gibt es keine Genehmigung seitens der RFI, man ist aber intensiv bemüht.

Gemeinderat Florian Jöchler erkundigt sich bezüglich Möglichkeit der Zufahrt für Feuerwehreute. Es werden verschiedene Möglichkeiten und Ideen diskutiert.

Auf der Homepage der Gemeinde wird eine Seite zwecks Kommunikation der Informationen eingerichtet. Vize-Bürgermeister Dietmar Pattis unterstreicht, dass man dankbar für Rückmeldungen und Vorschläge ist.

Abschließend bedankt sich Vize-Bürgermeister Dietmar Pattis bei allen.

Sitzungsende: 21.45 Uhr.

* * * * *

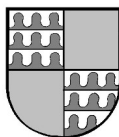
Gelesen, bestätigt und unterfertigt.

DER VORSITZENDE

- Dietmar Pattis -

DIE VIZE-GEMEINDESEKRETÄRIN

- Dr. Elisabeth Gasser -



Protocollo della seduta del Consiglio Comunale

Nell'anno duemilaventidue, il nove del mese di agosto con inizio alle ore 19.15 (09.08.2022) previo esaurimento delle norme di legge i membri del consiglio comunale sono stati convocati ad una seduta.

Sono presenti:

	assente giust.	assente ingiust.	prende parte in modalità remota		assente giust.	assente ingiust.	prende parte in modalità remota
Andreas SCHATZER	X			Walter KERER			
Dietmar PATTIS				Alessandro MANZARDO			
Manfred HEIDENBERGER				Felix OBEREGGER			
Anna KAINZWALDNER ÖTTL				Verena PALFRADER			
Margareth MAIR ENGL	X			Lukas ROSSMANN			
Ivan MASCHI	X			Raphaela ROSSMANN			
Michael BRUGGER				Alexander TAUBER			
Johann FALLER	X			Peter TAUBER	X		
Florian JÖCHLER				Andreas ZINGERLE			

ed in presenza della Vice-Segretaria comunale dott.ssa Elisabeth GASSER.

Riconosciuto il numero legale degli intervenuti, Dietmar Pattis nella sua qualità di Vice-Sindaco assume la presidenza, saluta i membri del consiglio presenti e dichiara aperta la seduta.

Il Presidente Dietmar Pattis nomina come scrutatori della seduta odierna Raphaela Rossmann e Verena Palfrader, ai sensi del regolamento interno del Consiglio comunale.

1) Approvazione de verbale della seduta consiliare del 14 giugno 2022 (Delibera n. 53)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, mediante alzata di mano (13 membri presenti – 13 voti favorevoli, di approvare il verbale della precedente seduta consiliare del 14 giugno 2022.

2) Mozione dei Consiglieri comunali Felix Oberegger, Lukas Rossmann, Verena Palfrader e Peter Tauber della lista "Grüne Bürgerliste Vahrn" riguardante: il bilancio partecipativo quale strumento di partecipazione innovativo per il nostro Comune (Delibera n. 54)

Il Vice-Sindaco Dietmar Pattis legge la mozione.

Dopo che il Consigliere comunale Felix Oberegger ha illustrato alcuni aspetti e dopo varie dichiarazioni (Andreas Zingerle, Walter Kerer, Alexander Tauber, Lukas Rossmann e Verena Palfrader), il Vice-Sindaco Dietmar Pattis presenta un emendamento.

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 13 voti favorevoli su 13 consiglieri presenti,

➤ di approvare la mozione presentata dai Consiglieri comunali Felix Oberegger, Lukas Rossmann, Verena Palfrader e Peter Tauber della lista "Grüne Bürgerliste Vahrn" riguardante: il bilancio partecipativo quale strumento di partecipazione innovativo per il nostro Comune, nella versione modificata come di seguito:

di incaricare la Giunta comunale,

- 1) ad esaminare lo strumento "bilancio partecipativo" e di esplorare le possibilità di introdurlo nel Comune;
- 2) di riferire in merito al Consiglio comunale entro l'anno corrente risp. di sottoporre una proposta per lo svolgimento in modo che possa essere introdotto – a condizione che la verifica giunga ad una conclusione positiva – nell'esercizio finanziario 2024.

3) Mozione dei Consiglieri comunali Peter Tauber, Felix Oberegger, Lukas Rossmann und Verena Palfrader della lista "Grüne Bürgerliste Vahrn" riguardante: abilitare sedute del Consiglio comunale in "modalità ibrida" (Delibera n. 55)

I Vice-Sindaco Dietmar Pattis legge la mozione.

Dopo varie dichiarazioni (Vice-Sindaco Dietmar Pattis, Felix Oberegger, Alessandro Manzardo, Alexander Tauber, Lukas Rossmann, Verena Palfrader e Andreas Zingerle), il Vice-Sindaco Dietmar Pattis presenta un emendamento.

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 11 voti favorevoli e 2 astensioni (Alessandro Manzardo e Alexander Tauber) con 13 consiglieri presenti,

➤ di approvare la mozione presentata dai Consiglieri comunali Peter Tauber, Felix Oberegger, Lukas Rossmann und Verena Palfrader della lista "Grüne Bürgerliste Vahrn" riguardante: abilitare sedute del Consiglio comunale in "modalità ibrida", nella versione modificata come di seguito:

- 1) di esprimersi sostanzialmente a favore che le sedute degli organi dell'ente possano svolgersi mediante videoconferenza risp. in forma mista;
- 2) di attendere la proposta di un regolamento, che il Consorzio dei Comuni elaborerà entro settembre 2022, e di adattarlo alle esigenze del Comune.

4) Salvaguardia degli equilibri di bilancio di cui all'art. 193 del D.Lgs. del 18/08/2000, n. 267 (Delibera n. 56)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 13 voti favorevoli su 13 consiglieri presenti,

- 1) di dare atto del permanere degli equilibri generali di bilancio di cui all'art. 193 del Decreto Legislativo del 18.08.2000, n. 267;
- 2) di dare atto che non emergono fatti e riscontri in ordine a possibili riduzioni dei residui attivi inseriti nel bilancio 2022, così come rideterminati in sede di approvazione del rendiconto 2021, tenuto presente

anche quanto emerso dal riaccertamento dei residui, e quanto previsto in accantonamento dell'avanzo 2021 a titolo di fondo di crediti di dubbia esigibilità;

- 3) di dare atto che non risultano debiti fuori bilancio riferiti sia all'esercizio 2021 e precedenti, sia alla gestione di competenza 2022, da riconoscere e finanziare;
- 4) di dare atto che non emergono squilibri di bilancio sia in termini di equilibrio complessivo che di equilibrio economico come risultante dalla tabella allegata alla presente deliberazione che forma parte integrante della presente deliberazione;
- 5) di dare atto che il presente provvedimento non comporta impegno di spesa.

5) Variazioni del bilancio preventivo 2022 (Delibera n. 57)

Il Vice-Sindaco spiega il bilancio preventivo.

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 11 voti favorevoli e 2 astensioni (Felix Oberegger e Lukas Rossmann) con 13 consiglieri presenti,

- 1) di approvare le singole variazioni di bilancio elencate negli allegati;
- 2) di dare atto che il documento unico di programmazione (DUP) 2022 - 2024 è integrata con la presente variazione di bilancio;
- 3) di dare atto del rispetto dell'articolo 193 comma 1 del Decreto Legislativo 18.08.2000 n. 267, riguardante la salvaguardia degli equilibri di bilancio;

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 13 voti favorevoli su 13 consiglieri presenti,

- 4) di dichiarare immediatamente eseguibile la presente delibera.

6) Presa di posizione sulla determinazione come Comune con esigenza abitativa, ai sensi dell'art. 1 comma 6 della legge provinciale 23 aprile 2014 n. 3 (Delibera n. 58)

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 12 voti favorevoli ed 1 astensione (Andreas Zingerle) con 13 consiglieri presenti,

- 1) di rilasciare la seguente presa di posizione ai sensi dell'art. 1 comma 6 della legge provinciale 23 aprile 2014 n. 3 relativamente alla determinazione del Comune di Varna come Comune con esigenza abitativa: Parere positivo a condizione, che il Comune sia classificato dal Comitato Interministeriale per la Programmazione Economica C.I.P.E. come Comune con fabbisogno abitativo a partire dall'anno 2023, e che quindi i redditi da locazione degli appartamenti affittati possano essere tassati a "*cedolare secca*" con l'aliquota del 10% e con la seguente condizione:
non si applica la maggiorazione dell'aliquota fiscale prevista dall'art. 5 della legge provinciale 20 aprile 2022, n. 3:
 - edifici dichiarati inagibili in quanto già previsti a parte nella legge provinciale n. 3/2014 e che la presente presa di posizione viene emessa per l'anno 2023;
 - per gli edifici della Via Scaleres, limitato ai numeri civici 8 e 10, nonché per gli edifici della frazione Scaleres con l'indirizzo Scaleres n. 1 a 87, in quanto la distanza di questi edifici dal capoluogo è fino a 10 km e quindi l'affitto è difficile o non possibile. Molti di questi edifici sono masi che vengono gestiti come attività secondaria e quindi il paesaggio viene curato e mantenuto. Anche i valori dell'Osservatorio del Mercato Immobiliare dell'Agenzia delle Entrate per le zone agricole residuali tra 4,00 e 6,00 Euro sono inferiori al valore medio del Comune. Un aumento dell'aliquota fiscale non è quindi giustificato;
- 2) di dare atto che il presente provvedimento non comporta impegno di spesa.

7) Presa di posizione sul progetto definitivo della linea ferroviaria Verona-Brennero e linea Fortezza-San Candido: nuovo collegamento ferroviario "Variante Val di Riga" (Delibera n. 59)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 13 voti favorevoli su 13 consiglieri presenti,

1. di esprimere il seguente parere nell'ambito della procedura di approvazione del progetto definitivo della linea ferroviaria Verona-Brennero e linea Fortezza-San Candido: nuovo collegamento ferroviario "Variante Val di Riga":

Si precisa che la ricostruzione della stazione ferroviaria di Varna era inclusa nel progetto originale ed è sempre stata una condizione del Comune per l'approvazione del progetto "Variante Val di Riga". Secondo le informazioni fornite, la stazione ferroviaria di Varna è ora inclusa nel lotto edilizio 2, per cui la sua costruzione è associata a un certo grado di incertezza e non è fissata in termini di tempo. Poiché la stazione è però chiaramente intesa come una misura compensativa, la sua costruzione deve essere anticipata nel tempo, prevista in questo progetto e costruita contemporaneamente al progetto globale. Questo è tanto più importante in quanto la stazione ferroviaria di Sciaives viene costruita nello stesso periodo. I lavori di costruzione a Varna non causano ritardi con il progetto principale e possono essere eseguiti allo stesso tempo. Per questo, deve essere data una garanzia scritta e vincolante da parte del costruttore e ciò deve essere inserito come condizione nella VIA. Altrimenti, il Comune di Varna non darà alcun consenso alla "Variante Val di Riga".

Inoltre, si formulano le seguenti osservazioni in riguardo al progetto, che devono essere prescritte come condizione nell'autorizzazione:

- il collegamento della pista ciclabile presso l'area di addestramento dei cani deve essere riposizionato in modo tale che l'area di addestramento dei cani non venga interessata e possa quindi continuare a funzionare. Inoltre bisogna realizzare una possibile deviazione dopo il sottopassaggio ferroviario e prima del sottopassaggio autostradale.
- Qualora in futuro la strada di accesso esistente sotto la linea ferroviaria non fosse più utilizzabile per i ciclisti e i pedoni, un marciapiede dovrà essere costruito lungo la nuova strada di accesso sotto l'autostrada e la ferroviaria, collegandosi al marciapiede esistente della Via Laghetto di Varna.
- La deviazione dalla nuova strada verso l'esercizio ricettivo del Lago di Varna al sentiero verso Varna deve essere cancellata.
- La strada d'accesso all'edificio residenziale sulla p.f. 29, C.C. Varna I, a nord del sottopassaggio deve essere ridotta in larghezza ed ottenere la stessa larghezza del sentiero che prosegue.
- La pista ciclabile verso Varna deve essere spostata il più possibile verso la linea ferroviaria.
- I campi a sud della nuova strada devono essere accessibili attraverso la strada.
- L'impianto di sollevamento presso il nuovo sottopassaggio ferroviario deve essere costruito tra la ferrovia e la pista ciclabile, come previsto nella pianificazione dettagliata.
- L'indennità d'esproprio per la casa "Unterleitner", p.ed. 94/1 e 94/2 del C.C. Varna I (Badl) deve essere tale che i proprietari possano costruire entrambi gli edifici, incluso l'acquisto di terreno, in un luogo diverso nel territorio comunale.
- L'area di ingresso dell'accesso alla nuova cabina di trasformazione deve essere progettata e realizzata in maniera meno dispendiosa, il comune si riserva di presentare una propria proposta in tal senso.
- La superficie di traffico antistante la prevista cabina di trasformazione appare eccessivamente generosa e deve essere ridotta.
- La strada di accesso, che in futuro sarà utilizzata anche come pista ciclabile, deve essere realizzata possibilmente su terreno ferroviario e in ogni caso il più lontano possibile dalla ferrovia.
- Lungo la nuova strada di accesso deve essere realizzata in accordo con i proprietari confinanti una delimitazione (recinzione, siepe).
- L'area della cabina di trasformazione deve essere progettata in modo tale che la cabina di trasformazione esistente in paese per l'attuale linea ferroviaria possa essere ricollocata anche in tale area. Tutti gli edifici da realizzare nell'area "Gatsch" devono essere interrati e il nuovo sito deve essere progettato in modo compatibile con il paesaggio. La progettazione deve avvenire in accordo con il Comune di Varna, che si riserva il diritto di presentare adeguate proposte di progetto.

- L'area di cantiere sulle particelle fondiarie 520 e 521 per la costruzione della stazione di trasformazione deve essere ridotta. In accordo con il proprietario fondiario delle p.f. 517 e 518/1, C.C. Varna I, l'area delle particelle citate può essere utilizzata come area di cantiere.
 - Nell'area della zona per insediamenti devono essere installate barriere antirumore lungo la nuova linea ferroviaria. Inoltre al fine di proteggere il biotopo Lago di Varna deve essere inclusa nel progetto nonché realizzata la costruzione di barriere antirumore in quest'area lungo la linea esistente.
2. di inoltrare la presente deliberazione al Ministero della Transizione Ecologica ed alla Giunta provinciale e alle amministrazioni indicate nella comunicazione, prot. n. 0012685.

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 13 voti favorevoli su 13 consiglieri presenti,

3. di dichiarare la presente deliberazione immediatamente esecutiva ai sensi dell'art. 183, comma 4, Legge regionale 3 maggio 2018, n. 2.

9) Modifica dell'articolo 44 (Zona per attrezzature collettive - Amministrazione e servizi pubblici) delle norme di attuazione al piano urbanistico del Comune di Varna - Delibera Giunta Comunale n. 227 del 26.05.2022 - Provvedimento definitivo (Delibera n. 60)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 13 voti favorevoli su 13 consiglieri presenti,

- 1) di modificare come segue il paragrafo riguardante l'impianto di teleriscaldamento dell'articolo 44 (Zona per attrezzature collettive - Amministrazione e servizi pubblici) delle norme di attuazione al piano urbanistico del Comune di Varna in base alla documentazione elaborata da Dr. Ing. Wunderer Rainer Markus, prot. n. 0004047 del 14.03.2022, che forma parte essenziale di questa delibera:
La norma "cubatura massima consentita: 16.482 m³" viene sostituita con "densità edilizia massima: 3,5 m³/m²".
- 2) di constatare che la modifica delle norme di attuazione al piano urbanistico del Comune di Varna in oggetto non è da assoggettare a valutazione ambientale strategica (VAS) ai sensi della Legge provinciale 13.10.2017, n. 17 (Valutazione ambientale per piani, programmi e progetti) in quanto non definisce il quadro di riferimento per futuri autorizzazioni di progetti da sottoporre a VIA e si prevede che questa modifica abbia un impatto positivo sull'ambiente;
- 3) di trasmettere immediatamente la delibera consiliare e la documentazione necessaria alla ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio ai sensi dell'articolo 53 comma 7 della Legge provinciale del 10.07.2018, n. 9 (Territorio e paesaggio);
- 4) di dare atto che dalla presente delibera non derivano oneri a carico del comune, i quali abbisognino di copertura finanziaria.

10) Bene pubblico: Sdemanializzazione e demanializzazione di terreni nell'ambito della convenzione urbanistica per la costruzione di un parcheggio pubblico presso la zona sportiva a Varna (Delibera n. 61)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 13 voti favorevoli su 13 consiglieri presenti,

- 1) di demanializzare per i motivi specializzati in premesse e secondo il tipo di frazionamento 4848/2022 nel C.C. Varna I le seguenti superfici e di trasferirle al bene pubblico del Comune di Varna:
 - 133 m² della p.f. 1304, i quali vengono trasferiti alla p.f. neoformata 3279/1;
 - 122 m² della p.f. 1386, i quali vengono trasferiti alla p.f. neoformata 3279;
 - la p.f. neoformata 1304/1 con 1.982 m²;
- 2) di sdemanializzare dal bene pubblico del Comune di Varna per i motivi specializzati in premesse e secondo il tipo di frazionamento 4848/2022 nel C.C. Varna I le seguenti superfici e di trasferirle al patrimonio disponibile del Comune di Varna:
 - 20 m² della p.f. 3279, i quali vengono trasferiti alla p.f. neoformata 3279/2;
- 3) di incaricare la Giunta comunale con l'esecuzione della permuta di terreni e di incaricare in tal senso la Giunta di eseguire tutti i necessari provvedimenti;

- 4) di dare atto che dal presente provvedimento non derivano oneri diretti a carico del Comune i quali abbisognino di copertura finanziaria.

11) Bene pubblico: sdemanializzazione e demanializzazione di terreni per la sistemazione di proprietà presso la casa "Defregger" - posizione ruscello a Novacella - aggiunto (Delibera n. 62)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 13 voti favorevoli su 13 consiglieri presenti,

- 1) di demanializzare per i motivi specializzati in premesse e secondo il tipo di frazionamento 2981/2022 nel C.C. Novacella I le seguenti superfici e di trasferirle al bene pubblico del Comune di Varna:
 - 27 m² della p.ed. 72, i quali vengono trasferiti alla p.ed. neoformata 519/1, eccetto il diritto di superficie di 11 m², che secondo il tipo di frazionamento corrisponde alla >-< BN1;
- 2) di incaricare la Giunta comunale con l'esecuzione della permuta di terreni nonché di acconsentire la costituzione del diritto di superficie e la costituzione degli diritti secondo la richiesta n. prot. 8498/2022 e di incaricare in tal senso la Giunta di eseguire tutti i necessari provvedimenti;
- 3) di dare atto che dal presente provvedimento non derivano oneri diretti a carico del Comune i quali abbisognino di copertura finanziaria.

12) Relazione del Vice-Sindaco e degli Consiglieri comunali

Il Vice-Sindaco Dietmar Pattis riferisce quanto segue:

La chiusura della strada di accesso al paese è ritardata di una o due settimane - è una chiusura completa, anche per i ciclisti e i pedoni. La chiusura durerà sicuramente fino a Pasqua. Si sta valutando l'introduzione di un pedibus (dall'edificio della Banca Popolare alla scuola) e di un Park&Ride davanti al passaggio Vicolo Paulschuster. Gli autobus saranno deviati sulla Via Stazione e Via Voitsberg e le restrizioni di parcheggio nel parcheggio sotterraneo „Voitsberg“ saranno revocate.

I preparativi sono in corso per garantire che tutto si svolga nel miglior modo possibile. Ciò richiede anche la solidarietà di tutti i cittadini del Comune.

La circonvallazione sarà realizzata contemporaneamente alla riprogettazione dell'accesso del paese. Finora la RFI non ha dato l'autorizzazione, ma si mette tutto l'impegno.

Il Consigliere comunale Florian Jöchler ha chiesto la possibilità di accesso per i vigili del fuoco. Vengono discusse varie possibilità e idee.

Verrà inserita una pagina sul sito internet del Comune per comunicare le informazioni. Il Vice-Sindaco Dietmar Pattis sottolinea che si è grati per feedback e suggerimenti.

Infine, il Vice-Sindaco Dietmar Pattis ringrazia tutti.

Termine della seduta: ore 21.45.

* * * * *

Letto, confermato e sottoscritto.

IL PRESIDENTE
- Dietmar Pattis -

LA VICE-SEGRETARIA COMUNALE
- dott.ssa Elisabeth Gasser -

An den Bürgermeister der Gemeinde Vahrn
Herrn Schatzer Andreas
Voitsbergstr. 1
39040 VAHRN

Neustift, am 6. Juni 2022

**Beschlussantrag: Der Bürger*innenhaushalt als innovatives
Beteiligungsinstrument für unsere Gemeinde**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Gemeinderäte;

Demokratische Verhältnisse befinden sich in vielen Regionen und Staaten in der Krise. Auch in Südtirol ist eine Krise der Demokratie zu beobachten. Viele Bürgerinnen und Bürger teilen mit, dass ihre Stimme nicht gehört werde und „die da oben“ eh alles entscheiden würden. Den Politikverdruss sieht man in der geringen Wahlbeteiligung, aber auch in der mangelnden gesellschaftlichen Diskussion über politische Probleme. Die politischen Institutionen müssen auf den Unmut und die berechtigte Kritik der Bevölkerung reagieren. Sie haben die Verantwortung, Vertrauen herzustellen und Beteiligung und Partizipation zu fördern.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen bedarf es neuer Wege der demokratischen Willensbildung. Einer ist die Weiterentwicklung von innovativen Beteiligungsmodellen für Bürgerinnen und Bürger, welche die repräsentative und direkte Demokratie qualitativ ergänzen können: Partizipative Prozesse und Instrumente, welche die effektive Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in Entscheidungsfindungsprozesse der öffentlichen Verwaltung ermöglichen. Die

Gemeinde kann und muss die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in demokratischen Prozessen fördern und stärken.

Der Grundgedanke der **Bürgerbeteiligung** ist, dass die Anwendung innovativer Formen der Politikgestaltung **großes Potential im Hinblick auf nachhaltigere und legitimere Entscheidungsfindung** hat.

Ziele der Bürgerbeteiligung sind, u.a.:

- Innovative demokratische Verfahren zur Verfügung zu stellen, um die Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungsprozesse direkt einzubeziehen bzw. teilhaben zu lassen.
- Wissen und Bewusstsein für Entscheidungsprozesse zwischen politischen Akteuren und Bürgerinnen und Bürgern zu fördern – die politische Kultur des Miteinander fördern.
- Eine erhöhte Legitimität politischer Entscheidungen und die verbesserte Qualität öffentlicher Entscheidungen sowie die gesteigerte Effektivität dieser.
- Bürgerinnen und Bürger mit der Komplexität der Entscheidungsfindung vertraut zu machen und das Demokratiebewusstsein zu stärken.
- Förderung der Transparenz sowie die Entwicklung von höherer Akzeptanz in der Bürgerschaft.

Als Praktiken der Bürgerbeteiligung werden alle jene verstanden, welche die Zivilgesellschaft in die Erarbeitung von Rechtsakten einbinden, die zur Bestimmung von allgemeinen politischen Richtungen beitragen und die gleichzeitig die „aktive“ Einbeziehung der Regierungsbehörden vorsehen. Durch diese Herangehensweise ersetzen partizipative Demokratieprozesse nicht die traditionellen politischen Verfahren. Die partizipative Demokratie muss innerhalb dieser Institutionen ihren Platz finden.

Ein innovatives Instrument der Bürgerbeteiligung ist der so genannte Bürgerhaushalt, um den es in diesem Beschlussantrag konkret geht.

Beim Bürgerhaushalt handelt es sich um ein Instrument, bei dem die Bürgerinnen und Bürger in Haushaltsfragen mitreden dürfen. Das Instrument des Bürgerhaushalts ist sehr flexibel und kann in verschiedensten Formen durchgeführt und an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden. Eine Form wird in der Gemeinde Mals oder Eppan durchgeführt. Diese Gemeinden haben eine gewisse Summe des Haushalts für Bürgeranliegen reserviert. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können Projektvorschläge einreichen, die danach von allen Bürgerinnen und Bürgern abgestimmt werden. Die Siegerprojekte werden umgesetzt.

Unter Berücksichtigung obgenannter Ausführungen beschließt der Gemeinderat

1. Das Instrument „Bürger*innenhaushalt“ in der Gemeinde Vahrn einzuführen, wobei die erste Ausgabe für den Haushalt 2024 starten soll;
2. den Gemeindevausschuss der Amtsperiode zu beauftragen in Kooperation mit einer überparteilichen Arbeitsgruppe „Bürgerhaushalt“ (ggf. auch mit Beamten der Gemeinde und externe Fachexpertinnen und Fachexperten) eine diesbezügliche Verordnung bzw. Leitfaden zum Ablauf des Bürgerhaushalts auszuarbeiten;
3. den Gemeindevausschuss zu ermächtigen, eine/n Experten/Expertin zu beauftragen, welcher die Gemeinde bei der professionellen Planung, Durchführung des Bürgerhaushalts und der Ausarbeitung einer Informationsbroschüre zum Bürgerhaushalt begleitet.

Mit freundlichen Grüßen

Die Gemeinderät*innen

Felix Oberegger Lukas Rossmann Verena Palfrader Peter Tauber

An den Bürgermeister der Gemeinde Vahrn
Herrn Schatzer Andreas
Voitsbergstr. 1
39040 VAHRN

Neustift, am 14. Juni 2022

Beschlussantrag: Hybride Gemeinderatsitzungen ermöglichen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Gemeinderäte;

In der Corona Pandemie hat es schon geklappt, die Gemeindestube ins 21. Jahrhundert zu bringen. Nun, durch das Auslaufen der Covid19-Verordnungen ist es nicht mehr möglich an den Sitzungen des Gemeinderates online teilzunehmen. Dies baut Hürden für viele Volksvertreter*innen auf und verringert die Anwesenheit von Gemeinderatsmitgliedern.

Eine hybride Sitzung ist eine Mischung aus einer traditionellen Versammlung vor Ort und einem elektronischen Treffen. Teilnehmende sind sowohl in Präsenz als auch über eine Meeting-Software virtuell zugeschaltet. Bei einer hybriden Veranstaltung können Beteiligte entscheiden, ob sie persönlich oder online teilnehmen. Wir alle kennen die Abläufe und haben gesehen, dass es in der Praxis funktioniert.

Welche Vorteile bringen hybride Gemeinderatssitzungen über die Pandemie hinaus:

- Hohe Zugänglichkeit: Anfahrtswege fallen weg. Das spart in erster Linie Zeit, schont die Umwelt und fördert einen barrierefreien Zugang.
- Vergrößerte Reichweite: Durch die leichte Zugänglichkeit wird automatisch die Reichweite erhöht, weil Teilnehmer aus entfernten Regionen teilnehmen können.
- Junge Generation erreichen: Gerade jüngere Teilnehmer sind oft digital unterwegs und werden dadurch leichter erreicht.
- Verringerte Kosten: Die Kosten für Fahrten fallen weg.
- Zeitersparnis und Flexibilität: Durch das Wegbleiben einer zeitintensiven An- und Abreise sind Beteiligte eher bereit, dabei zu sein.

Aus diesen oben genannten Gründen empfinden wir es für wichtig den Gemeinderat wieder ins 21. Jahrhundert zurückzubringen und die Sitzungen des Gemeinderats wieder hybrid anzubieten.

Der Gemeinderat beschließt deshalb:

1. die Beauftragung der Gemeindeverwaltung und des Gemeindesekretärs mit der Ausarbeitung eines § Paragrafen/Änderung für die Satzung der Gemeinde auszuarbeiten, welche eine digitale Teilnahme an Gemeinderatsitzungen ermöglicht.

Mit freundlichen Grüßen

Die Gemeinderät*innen

Peter Tauber Felix Oberegger Lukas Rossmann Verena Palfrader